



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingssession des Nationalrates:

Die Session im Zeichen stürmischer Zeiten

Thürnen, 20. März 2026

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, Kolleginnen und Kollegen

Die Welt ist im Wandel: Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten, im Iran – und auch weitere schwierige Entwicklungen stehen an. Die internationalen Organisationen stehen unter Druck und es gibt keine Institution, die nicht um ihre Rolle ringt. Mittendrin sind wir gefragt, die kleine, souveräne und erfolgreiche Schweiz zu behaupten. Mit ihrer Neutralität und ihrer Stabilität und ihrem Erfolgsmodell der direkten Demokratie und ihrer sozialen Marktwirtschaft.

Vielen meiner Kolleginnen und Kollegen scheint der Ernst der Lage noch nicht klar zu sein. Sie verteilen munter weiter. Das ärgert mich und ich denke, hier braucht es ein klares Zeichen: Nein! Neue Steuern und Abgaben sind nicht zielführend. Der Gürtel muss enger geschnallt werden – aus Vorsicht. Das Entlastungspaket muss wirksam sein und kein Belastungspaket. Wir brauchen eine Stärkung der Armee, eine pragmatische Neutralität, die dem Land dient und Regulierungsorganisationen, die im Sinn der Unternehmen funktionieren und nicht zum Selbstzweck werden.

Wie immer habe ich im Sessionsrückblick meine persönlichen Highlights und Lowlights zusammenfasst und wünsche eine spannende Lektüre.

Entlastungspaket wurde zur Belastung ([25.063](#))

Das «Entlastungspaket 27» zur Entlastung des Bundeshaushaltes wurde im parlamentarischen Prozess leider derart reduziert, dass von einer echten «Entlastung» kaum mehr die Rede sein kann. Mit Ausnahme der FDP ist offensichtlich keine der grossen Parteien bereit, jetzt endlich Prioritäten zu setzen. Bundesbern verteilt auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ohne sich wirklich Gedanken zu machen. Die Welt um uns herum hat sich geändert, der Ausblick ist alles andere als rosig. Die FDP hat das verstanden. Sie wird jede neue Steuer entschieden bekämpfen. Dazu haben wir eine Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, schnellstmöglich die notwendigen finanziellen Mittel für die nachhaltige Stärkung der Schweizer Armee sicherzustellen. Er orientiert sich dabei am Zeithorizont und Finanzvolumen, die er in seinen Eckwerten vom 28. Januar 2026 festgehalten hat. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament konkrete Vorschläge zur Priorisierung bestehender Mittel und berücksichtigt in seinen Überlegungen ebenfalls einmalige Kapitalmobilisierungen. Steuererhöhungen, insbesondere eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, sind auszuschliessen, solange nicht alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind ([26.3046](#)).

Politisches Seilziehen um einen Gegenentwurf zur Neutralitäts-Initiative ([24.092](#))

Es war eigentlich bereits eine abgeschlossene Sache. Die Neutralitätsinitiative sollte ohne Gegenvorschlag vor das Volk kommen. Der Nationalrat hatte sich klar hierfür ausgesprochen. Doch der Ständerat brachte einen Gegenentwurf nochmals in die Diskussion – durch den Stichtentscheid des Präsidenten. Der Nationalrat und die FDP blieben jedoch bis zum Ende klar: ein Gegenvorschlag ist nicht zielführend. Somit gingen je 13 Repräsentanten beider Räte in die Einigungskonferenz, in der sich schlussendlich die Position der FDP durchsetzte. Damit wird das Volk voraussichtlich im kommenden Herbst an der Urne über die Initiative entscheiden. Wir brauchen keine Kurskorrektur. Wir brauchen nun eine gelebte, pragmatische Neutralität. Wer das anders sieht, verkennt die Zeichen der Zeit.

Mitte-Links will weiterhin mit Lohnbeiträgen die 13. AHV-Rente finanzieren (24.073)

Die Debatte um die Finanzierung der 13. AHV-Rente geht in die nächste Runde. Am vorletzten Tag der Session diskutierte der Ständerat wieder über die Frage, wie die 13. AHV-Rente – die im Dezember dieses Jahres das erste Mal ausbezahlt wird – finanziert werden soll. Dabei verbleibt dieser beim Mitte-Links Konzept, eine gemischte Lösung aus Lohnbeiträgen und Mehrwertsteuer zu finden. Die FDP stellt sich deshalb klar gegen die Herangehensweise und schützt die Löhne. Keine neuen Steuern und Abgaben! Eine weitere Mehrbelastung für den Mittelstand ist inakzeptabel.

Brandkatastrophe in Crans-Montana

Die Brandkatastrophe in Crans-Montana hat zu unermesslichem Leid bei den Angehörigen der Opfer geführt. Die Botschaft des Bundesrats reagiert auf die Brandkatastrophe und will den betroffenen Opfern rasch helfen. Vorgesehen waren ein dringlicher Solidaritätsbeitrag von 50'000 Franken für Verstorbene und stationär Behandelte sowie ein Runder Tisch unter Leitung des Bundes, damit die Beteiligten schnelle und möglichst einvernehmliche Lösungen finden. Zusätzlich sollte der Bund die Organisation übernehmen und so langwierige Verfahren vermeiden helfen. In der Beratung wurde jedoch kontrovers diskutiert, ob eine solche Sonderregelung überhaupt nötig und mit den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Subsidiarität vereinbar ist. Kritisiert wurde insbesondere, dass damit ein Präjudiz für künftige Katastrophen geschaffen werden könnte. Bei Hilfen, die über die gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, ist es wichtig, dass der Bund mit Blick auf vergangene Katastrophen kohärent handelt, um die Gleichbehandlung sicherzustellen. Zugleich war unbestritten, dass die Opfer Unterstützung brauchen und die Aufarbeitung vorangetrieben werden muss. Die FDP lehnte das dringliche Bundesgesetz in der Schlussabstimmung grossmehrheitlich dennoch ab.

Meine eingereichten Vorstösse in dieser Session:

26.3111 Motion: Anpassung der Besteuerung bei indirekter Teilliquidation

Heute werden Verkäufer von Unternehmen ungerecht besteuert. Sie werden für betriebliche Entscheidungen des Käufers steuerlich belastet, obwohl sie seit dem Verkauf keinerlei Einfluss mehr auf die Geschäftsführung oder die Verwendung der im Unternehmen vorhandenen Liquidität haben. Diese Praxis führt dazu, dass Käufer gezwungen sind, Liquiditätsreserven entweder ungenutzt im Unternehmen zu belassen oder komplexe Geldsperrklauseln in die Kaufverträge aufzunehmen, um steuerliche Risiken für den Verkäufer zu vermeiden.

Der Bundesrat wird beauftragt, Art. 20a Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG, SR 642.11) dahingehend zu ändern, dass die Verwendung von Liquiditätsreserven durch den Käufer innerhalb von fünf Jahren nach einer Unternehmensübertragung nicht als steuerpflichtige Teilliquidation für den Verkäufer gilt, sofern die Mittel für betriebliche Investitionen oder die Stärkung des Betriebskapitals verwendet werden.

Gerade für KMU, die auf flexible Nachfolgelösungen angewiesen sind, wäre dies ein wichtiger Schritt, um Generationenwechsel zu erleichtern und die Dynamik des Schweizer Mittelstands zu erhalten.

26.3078 Interpellation: FINMA droht Zugang zu Wohneigentum weiter zu erschweren! Mit Unterstützung des Bundesrats?

In dieser Interpellation möchte ich vom Bundesrat wissen, ob die FINMA den Zugang zum privaten Wohneigentum übermässig erschwert. Derzeit erreichen unter anderem Erfahrungsberichte. Ich möchte wissen, ob die Erschwerung der Tragbarkeitsregeln, wie die FINMA sie umsetzt, wirklich im Sinn der Förderung von Wohneigentum sind. Mir ist wichtig, dass der Traum vom Eigenheim nicht durch überbordende Regulierung erdrückt wird.

26.3068 Interpellation: Verhältnismässigkeit der FINMA-Abgaben - explodierende Aufsichtskosten

Die zweistufige Aufsichtsstruktur hat zu einer ineffizienten Kostenweitergabe geführt, da sowohl die Aufsichtsorganisationen (AO) als auch die FINMA Gebühren erheben, ohne dass eine klare wirtschaftliche Staffelung oder Transparenz besteht. Die pauschale Gebührenerhebung ohne wirtschaftliche Staffelung belastet besonders kleine unabhängige Vermögensverwalter unverhältnismässig und widerspricht dem Verhältnismässigkeitsprinzip. Eine Reform ist notwendig, um Transparenz, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz zu gewährleisten.

Es war eine reich befrachtete Session mit vielen grossen Geschäften aber auch mit vielen spezifische Themen wie Mieten, Gewässerschutz, Sicherheit. Auch die die Arbeit mit dem Parlament in meinen Rollen im Schweizerischen Gewerbeverband und bei der Swiss Retail Federation gewinnen zunehmend an Bedeutung – im Einsatz für eine funktionierende Gesellschaft.

Es ist eine anspruchsvolle Zeit. Der Krieg hat sich ausgedehnt – Ukraine, Palästina, Iran haben direkten Einfluss auf unsere Zukunft. Es ist keine Erleichterung in Sicht. Ich glaube, die Schweiz kann auch diese Herausforderungen meistern – wenn sie ihren Prinzipien treu bleibt. Im Zentrum steht der Bürger und die Bürgerin. Je freier diese sind, desto erfolgreicher kann die Schweiz sein.

Ich tanke ich zwischendurch etwas Energie in den Bergen bevor es dann nach Ostern wieder in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben weitergeht.

Ich wünsche euch allen schöne Frühlingstage und danke für eure Aufmerksamkeit.

Herzlich,



Daniela Schneeberger

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch